



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/140

12. Dezember 1949

Schmerzhaftes Erwachen

-x. Kritische Bemerkungen der Opposition entspringen nach der festen Vorstellung der Regierung offenbar nur parteigeistlichen

Gesichtspunkten. So schrieb z.B. der DUD (Deutscher Uniondienst der CDU) am 24.11.1949: "Es ist bezeichnend, dass die Opposition - die zwar den Fortschritt nicht leugnen kann - aber der Regierung den Erfolg nicht gönnt - schon im voraus eine scharfe Stellungnahme nicht so sehr gegen den Inhalt, wie gegen die Form des Zustandekommens des Abkommens (vom Petersberg d.R.) angekündigt hatte".

Solange der Inhalt des Abkommens nicht bekannt war, konnte man nur gegen die allerdings sehr zu beanstandende Form ernsthafte Einwände erheben. Die entscheidende Kritik der Opposition an der Verhandlungsform bezog sich doch auf die Sorge um das Ergebnis und

hier ging es wahrhaftig nicht um den Vorteil einer Partei, sondern um Lebensinteressen eines ganzen Volkes. Die Stellungnahme der Opposition im Bundestag aber betraf das Ergebnis der Verhandlungen, das nur möglich war aus der geheimniskrämerischen Form ihrer Führung.

Man könnte der Regierung billig den Vorwurf zurückgeben, dass sie eine Beteiligung der Opposition nur deswegen nicht wünschte, um sie

nicht an den "Erfolgen" teilnehmen zu lassen, wenn es uns überhaupt um billige Vorwürfe allein zu tun wäre.

Den "Fortschritt" aber, von dem der DUD oben sprach, gerade den leugnete die SPD, weil sie der Meinung war und ist, die Mitver-

antwortung, die Deutschland nach dem Abkommen übernahm, stehe in keinem vertretbaren Verhältnis zu der deutschen Mitbestimmung und

auch der grosszügig aufgemachte Demontagestop sei nur ein zweifelhaftes Beruhigungspflaster auf die deutschen Sorgen. Nun bekommen

wir unerwartet dafür eine unverdächtige Bestätigung.

"In den Becher der deutschen Freude über die Streichung von 18 Werken der Demontage-Liste ist ein Vermutstropfen gefallen".

"Die Durchführung... des Abkommens nimmt nicht (oder noch nicht) jenen Verlauf... den die bedrängte Arbeiterschaft erwartet hatte". -

"Alle Einrichtungen und Anlagen, die bereits vollständig abmontiert sind, werden auf jeden Fall abtransportiert". - "Der Demontagestop

war nicht gleichbedeutend mit der Erlaubnis zur Wiederaufnahme der Produktion für die von der Demontageliste gestrichenen Werke". -

"Die Menschen, die das Abkommen vom Petersberg spontan und freudig begrüßt haben, sind in neue Beunruhigung und Zweifel gestürzt wor-

den". - Und es gäbe "auf dem Wege zur Konsolidierung kein grösseres Hindernis als die Enttäuschung von Menschen, die ein befreiendes Wort

mit gläubiger Zuversicht aufgenommen haben und sich in ihren Erwartungen getäuscht sehen".

Das alles sind keine Zitate aus der Schumacher-Rede im Bundestag zum Petersberger Abkommen, sondern Auszüge aus einem Beitrag des

DUD vom 8.12.49, überschrieben "Fair play für den Demontagestop". Ein etwas verspätetes und schmerzhaftes Erwachen also, wenige Tage

nachdem man alle Chancen zu vernünftigen Verhandlungen verpatzt hatte.

Man kann kaum naiver kundtun, das man die Situation, die zum Petersberger Abkommen führen musste, nicht begriffen, keine Vorstellungen

vom Charakter und der Wirksamkeit internationaler Verträge hatte, die schliesslich nicht familiäre Versprechen sind, sondern ausgefeil-

te Klauseln enthalten, auf deren Einhaltung der Vertragspartner drängt. Auch die Alliierten haben keinen "öcolus eventualis" ihres

Partners einkalkuliert und man irrt sich, wenn man auch nur insgeheim darauf hofft.

Wir sind wenig froh darüber, von dieser Seite eine Bestätigung erhalten zu haben, lieber wäre uns ein Erfolg für unsere Wirtschaft

gewesen. Aber man hat leichtfertig und allein unterschrieben und trägt nun auch allein die Verantwortung für den Misserfolg und die

Enttäuschung. Aber vielleicht lernt man daraus, wenn wir daran auch nicht glauben, künftig die Ratschläge und Einwände der Opposition

auf ihren objektiven Gehalt hin sachlich zu prüfen. Wir sind davon überzeugt, man könnte sich manches späte und schmerzhaftes Erwachen ersparen.

Bradford und Australien

sp. Noch schwankt der Zeiger des Barometers für die kommenden britischen Unterhauswahlen unberechnbar und sehr nervös hin und her.

In England hat die Labour Party in fast drei Dutzend Nachwahlen gesiegt, wenn auch mit jeweils abgesunkenen Mehrheiten und vorzugsweise in Traditionswahlkreisen, zuletzt vor wenigen Tagen in Bradford. Draussen, im Empire, ist andererseits der Labour-Niederlage in Neuseeland jetzt die in Australien gefolgt.

Auch diese Ergebnisse gewinnen erst besonderes Interesse, wenn man sie symptomatisch wertet. Denn ob in diesen beiden entfernten Ländern des Commonwealth Labour, die Liberalen oder eine andere Partei regieren werden, ist unter europäischem Aspekt nicht sehr bedeutsam.

Aber natürlich zieht man trotzdem allenthalben Rückschlüsse auf die kommenden englischen Gesamtwahlen, obwohl man sich vernünftigerweise

sagen sollte, dass die bisherigen Nachwahlen in England für die Hauptwahlen selbst einen ungleich zuverlässigeren Masstab abgeben,

als die Wahlen in Ländern, in denen in fast jeder Hinsicht vollkommen andere Verhältnisse herrschen.

Ausserdem ist die Labour Party in Neuseeland anderthalb Jahrzehnte, in Australien acht Jahre an der Regierung gewesen und wenn

sie dort jetzt weichen musste, obwohl die wirtschaftliche und soziale Lage in beiden Ländern vorbildlich ist, so macht sich eben das

bekannte Moment der Abnutzung der Regierungen in demokratischen Staaten nach so langer Zeit auch unter den für die Regierung günstigsten

Verhältnissen bemerkbar. Selbst die "Neue Zürcher Zeitung", die doch jeden Misserfolg von Labour mit herzlicher Freude begrüsst, musste

im Falle Australiens bei einer Vorschau darauf schreiben: "Die Gegenströmungen (gegen die Regierung) gründen sich auf die Tatsache, dass

die Wähler der alten Männer und vertrauten Gesichter auf die Dauer überdrüssig werden und dass sich im Laufe der Jahre mancherlei grössere

und kleinere Misstände eingeschlichen haben, welche das Volk glaubt, mit neuen Männern wirksamer abschaffen zu können als mit den

alten". Der Stimmenrückgang ist ausserdem relativ sehr viel geringer als der der Mandate und die Labour-Mehrheit bleibt, wenn auch ge-

schwächt, bestehen.

Die englischen Konservativen feiern den australischen Sieg wie den ihren. Sie sollten daran denken, dass sie auch mit der Nachwahl

in Bradford dadurch ihr politisches Geschäft betreiben wollten, dass sie - und nicht die Labour Party - diese Wahl als die entscheidende Generalprobe für die kommende Unterhauswahl bezeichneten - und sie dann verloren. Sie sollten auch nicht vergessen, dass Australien zwar im Commonwealth liegt, Bradford aber in England.

Kommunistische Kampfesart

sp. Man muss auf ein ganz abscheuliches, aber auch sehr bezeichnendes Beispiel kommunistischer Kampfesart hinweisen:

Am Schluss eines Berichtes über die Aufklärung von Mordfällen an Hamburger Taxifahrern durch die Polizei, die zu der Festnahme von zwei geständigen Tätern - zwei DPs, ihrer Geburt nach russische Staatsangehörige - führte, veröffentlichte die kommunistische Hamburger "Volkszeitung" folgende Stellungnahme: "Die Völker aber, denen diese Elemente der Geburt nach angehören, fordern seit langem ihre Rückkehr, damit es nicht mehr möglich ist, Verbrechernaturen in den Dienst der Kriegshetze und der Völkerverhetzung zu stellen. Die Völker lehnen es ab, mit solchen Kreaturen identifiziert zu werden, ebenso wie wir es ablehnen würden, mit Renegaten wie Wehner auf eine Stufe gestellt zu werden".

Diese völlig unmotivierte und ohne jede Beziehung zu den entsetzlichen Mordfällen stehende Namensnennung des Bundestagsabgeordneten Herbert Wehner hat in der Hamburger Öffentlichkeit geschlossene Empörung hervorgerufen. Die Niedrigkeit der Gesinnung, die hier sichtbar wird, ist kaum zu überbieten. Sie läuft im Grunde auf eine kaum versteckte Mordanstiftung gegen einen führenden Sozialdemokraten hinaus, der den Kommunisten seit Jahren ein Dorn im Auge ist, weil er sehr frühzeitig die Kommunistische Partei verlassen hatte und überzeugter Sozialdemokrat wurde.

Herbert Wehner ist Mitglied des Landesvorstandes der SPD Hamburg und als Mitglied des Fraktionsvorstandes der SPD im Bundestag bekannt geworden. Im "Hamburger Echo" arbeitet er als aussenpolitischer Redakteur. Wegen seiner besonderen Kenntnisse der internen Vorgänge der Kommunistischen Partei und der kommunistischen Internationale, der er längere Zeit als führender Mann angehörte, hat er sich den besonderen Hass der Kreml-Gewaltigen zugezogen. Schon während seiner Emigrationszeit nach seiner Flucht aus Moskau in den Jahren des Krieges wurde

Herbert Wehner zu einem Verfolgten der Bolschewistischen Agenten in Schweden. Seitdem er als Sozialdemokrat seit 1946 in Hamburg wirkte, vergeht kaum eine Woche, in der er nicht der öffentlichen Diffamierung durch die Kommunistische Partei ausgesetzt ist.

Für Herbert Wehner, oder seine Partei, die SPD, ist das nicht besonders tragisch. Immerhin lohnt es sich, so scheint uns, den Vorgang einer breiteren Öffentlichkeit mitzuteilen, denn er ist eine treffliche Ergänzung der kommunistischen Jamähungen um Selbstkritik und Selbsterkenntnis, die zur Zeit so aktuell sind.

Kein Ruhmesblatt

dt. Die Liquidierung des Kriegszustandes, die nun begonnen worden ist, ist im wesentlichen eine formale Angelegenheit, die zwar als Ausgangspunkt einer neuen Entwicklung von grösster Bedeutung ist, auf den zivilen Alltag aber nicht unmittelbar einwirken wird, weil ja seit dem 9. Mai 1945 nicht mehr scharf geschossen wird. Auf einem Gebiet aber wird heute noch - symbolisch - scharf geschossen wie zu Zeiten des Krieges und auf diesem Gebiet herrscht heute immer noch das Faustrecht des Siegers. Es ist das Gebiet der Alimentationsverpflichtungen alliierter Soldaten gegenüber deutschen Frauen.

Die norwegische Zeitung "Dagbladet" hat sich kürzlich dieser Angelegenheit angenommen. Sie sprach nur von den unehelichen Kindern norwegischer Soldaten in Deutschland, aber was die Zeitung schrieb, betrifft noch stärker die amerikanischen und englischen Soldaten und eignet sich schlecht für einen westlich-demokratischen Sitten-Kodex. Feldgeistliche und Wohlfahrts-Offiziere hätten klaren Bescheid bekommen, so schrieb die Zeitung und selbst die Soldaten hätten die Vaterschaft zugegeben, aber "unsere Behörden übernehmen absolut keine Verantwortung und das Schlimmste und Schrecklichste bei allem war, dass die Behörden auch den Soldaten in dieser Beziehung keinerlei Verantwortung auferlegten".

Die norwegischen Soldaten halten sich in dieser Beziehung - es war ihnen ja gerade in den Beziehungen zu deutschen Mädchen vieles so leicht gemacht worden - an die Richtlinien der Amerikaner und Engländer. Diese Richtlinien besagen, dass kein alliierter Sol-

dat zu Alimenten gegenüber einer deutschen Staatsangehörigen verpflichtet ist. Viele alliierte Soldaten haben es trotzdem freiwillig getan, aber noch mehr haben den bequemeren Weg gewählt, der ihnen amtlich geebnet wurde. Den deutschen Fürsorgebehörden ist damit ein Problem aufgehalst worden, dessen wahre Grösse erst in eini en Jahren zu erkennen sein wird.

Abgesehen von der materiellen hat die Angelegenheit auch eine ethische Seite. Unter zivilisierten Menschen ist es üblich, dass der Vater für seine Kinder sorgt, notfalls gezwungenermassen. Die betreffenden Gesetze halfen die Moral auf einem Gebiet stützen, auf dem der "innere Schweinehund" oft nur allzu gern ausbrechen möchte. Hohe Begriffe, wie Ehe, Vaterschaft usw. werden bei den alliierten Soldaten in dem Augenblick erwartet, da sie deutschen Boden betreten. Glaubt man, dass diese Soldaten sich zu Hause wieder ohne weiteres an die unbequemeren Gesetze gewöhnen werden? Glaubt man, dass sie in der Heimat die Frau, die ihnen in Deutschland Freiwild war, mit den gleichen Augen betrachten werden wie früher? Sicherlich sind die Mädchen meist selbst schuld an ihrem Unglück, aber es ist unnötig, dass die menschlichen Unzulänglichkeiten noch durch Gesetzlosigkeit gefördert werden.

Frau Roosevelt, die in der UNO sich so tapfer für die Rechte der Frauen im allgemeinen einsetzt, hätte hier Gelegenheit, sich einmal auch für ein beleidigtes Mutterrecht im besonderen zu engagieren. Sie könnte damit, wenn sei keinen Unterschied machen will zwischen einer Frau deutscher und anderer Nationalität, dazu beitragen, dass ein Zustand beseitigt wird, der weder zu den Ruhmesblättern der Reeducation, noch der Jugendgeschichte der deutschen Frau gehört.

Ärzte und Fünfjahresplan. (sp.) Auf einer Ärztagung in Prag wurden die versammelten Ärzte aufgefordert, sich ebenfalls den sogenannten sozialen Wettbewerben anzuschliessen. Der Zentraldirektor der staatlichen Krankenversicherung, Dr. Jannouch, bezeichnete als Hauptaufgabe der tschechischen Ärzteschaft die Bekämpfung der sogenannten Arbeiterabsenzen (Arbeitsversäumnisse). Es sei die vordringlichste Pflicht der Ärzteschaft, dafür zu sorgen, dass der Fünfjahresplan erfüllt wird.

(b/BSL/1212/2/hs)
